

Januar 2015

Die Demokratiefrage: Mandatserweiterung der Linken.

Vorbemerkung: Vor strategischen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Partei DIE LINKE ist zuerst festzustellen, dass die Linkspartei fast alle Wahlen der letzten Jahren deutlich verloren hat. Der politische und gesellschaftliche Höhepunkt des Einflusses der LINKEN war 2009. Spätestens dort hätten andere Weichen gestellt werden müssen, neue Themen hätten erschlossen werden müssen. Mit Ausnahme Thüringens gelangen keine weiteren Steigerungen von Wahlergebnissen.

Besonders problematisch ist, dass die Wahlniederlagen seit 2009 in Partei und Fraktion nicht systematisch – de facto gar nicht – analysiert und diskutiert wurden. Gleichwohl gibt es exzellente Untersuchungen, zuletzt jene von Horst Kahrs für die Rosa Luxemburg Stiftung, die unzweideutig feststellt, dass die Linke auch und besonders in Ostdeutschland Gefahr läuft, weiter zu verlieren. Sein Fazit lautet:

„Der Rückhalt bei den ‚Jüngeren‘ ist dagegen deutlich unterdurchschnittlich, wobei hierunter bereits alle unter 45jährigen zählen. Damit einher geht die relative Schwäche bei den Berufstätigen. Die Linke droht, so lässt sich zugespitzt formulieren, den Anschluss an die Arbeitswelt, an die dort stattfindenden Umwälzungen der Produktivkräfte (Stichwort Digitalisierung und Industrie 4.0), an den Alltag und das Alltagsbewusstsein ‚normaler‘ Berufsträger, zu verpassen“¹

Im Westen ist der Einfluss der LINKEN mit dem Herausfliegen aus den Landtagen in NRW und Schleswig-Holstein und dem deutlichen Verfehlen von Einzügen in die südlichen Landtage weiter rückläufig. Es ist zu wenig gelungen, Multiplikatoren zu gewinnen, die fest in der Gesellschaft verankert sind und die als Brücken in verschiedene Milieus entscheidend für die Entwicklung von Akzeptanz für eine linke Partei sind. Dazu gehört natürlich auch und in besonderer Weise die Verankerung in der Kommunalpolitik, in der Kultur und in den Gewerkschaften.

¹ Horst Kahrs: „Degrowth“ bei der Linken. Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke? Berlin 2014.

Kurz: Sowohl die Überalterung von Mitgliedern und Wählern im Osten, als auch die zu oft fehlende gesellschaftliche und parlamentarische Verankerung im Westen, zwingen uns darüber nachzudenken, wie neue Ideen, Konzepte, Milieus und Themen erschlossen werden können.

Der hannoversche Soziologe Oskar Negt hat in seiner Streitschrift „Wozu noch Gewerkschaften“ darauf aufmerksam gemacht, dass eine Linke, die sich nicht erweitert, neue Lebensweisen antizipiert und ihr Betätigungsfeld ausbaut (also hinein in die Stadtteile, Nachbarschaftsinitiativen, Elterninitiativen, Genossenschaften, etc.) von den Zeitläufen überrollt wird. Mit Blick auf die Probleme der Gewerkschaften schreibt Negt etwas, was ebenso auf eine in zu vielen Ritualen erstarrte LINKE anzuwenden ist. Negt schreibt:

„Die Gewerkschaften (und in unserem Falle eben DIE LINKE, J. K.) sind, ob sie wollen oder nicht, durch veränderte gesellschaftliche Verhältnisse dazu genötigt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dorthin zu folgen, wohin sie gehen, und das sind zunehmend außerbetriebliche Aktions- und Handlungsfelder, bis hin zu dem Punkt, daß die Computertechnik neuerdings sogar eine Rückkehr zu einer Art Heimindustrie ermöglicht.“²

Negt empfiehlt als Ausweg eine „Mandatserweiterung“ in dem Sinne, dass Fragen von Interessenvertretung, sowie von kulturellen und politischen Organisationsansätzen weiter gefasst werden müssen. Und so wie die Gewerkschaften an einem Scheideweg innerhalb des digitalen Zeitalters stehen, so ist auch DIE LINKE an dieser Weggabelung.

„Wenn die Gewerkschaften (und hier wieder DIE LINKE gedacht, J. K.) nicht imstande sind, aus defensiver Verteidigungshaltung auszubrechen und sich mit inhaltlichen Alternativen anzureichern, (...), dann werden sie nur schwer Antworten auf die historischen Herausforderungen finden, mit denen sie gegenwärtig konfrontiert sind.“³

Nehmen wir diese Überlegungen ernst, dann stellt sich für linke, praktische Politik die Frage, wie junge Leute und Milieus der Multiplikatoren⁴ erreicht werden können. Zudem

² Oskar Negt: Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift. Göttingen 2005.

³ Ebd.

⁴ Unter Multiplikatoren kann man jene verstehen, die in der Regel berufstätig (z. T. auch prekär beschäftigt, was sie aber gar nicht als prekär empfinden!), relativ gut gebildet

ist zu fragen, welche Themen im Lebensalltag eine wichtige Rolle eingenommen haben, die jenseits des klassischen Arbeitsalltages liegen. Zentral mitgedacht werden muss, wie die Verknüpfung neuer Themen mit dem linken Markenkern „soziale Gerechtigkeit“ hergestellt werden kann.

Ich schlage vor, die Frage der „Demokratisierung der Demokratie“ zu einem Schwerpunkt innerhalb von Fraktion und Partei zu machen. Fragen von Partizipation, Datenschutz, gesellschaftlichen Engagement und demokratische Teilhabe sollten wichtige Themen linker Politik sein. DIE LINKE könnte damit nicht nur ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, sondern auch die von Negt indirekt angeregte „Mandaterweiterung“ umsetzen und neue Mitglieder und Wähler generieren.

Die Verknüpfung von sozialer Frage und demokratischer Teilhabe kann DIE LINKE glaubwürdig und erfolgreich bearbeiten. Voraussetzung dafür ist selbstredend eine weitere Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus im Speziellen und der Geschichte der Linken in Ost und (!) West im Allgemeinen. Die Gleichzeitigkeit von sozialer Frage und Freiheitsrechten muss durchgehalten und immer wieder akzentuiert werden („Freiheit UND Gerechtigkeit“, „Freiheit UND Sozialismus“).

Konkret bieten sich folgende „Mandaterweiterungen“ für DIE LINKE an:

Demokratisierung und soziale Frage

Ein zentrales politisches Ereignis der vergangenen Jahre wurde von Linken zu wenig beachtet. Der vor einigen Jahren gescheiterte Volksentscheid in Hamburg für etwas mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem. Diese kleinen Verbesserungen wurde in einer gemeinsamen Kampagne der Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und (!) Linken getragen. Gleichzeitig formierte sich ein radikalisiertes oberes Bürgertum gegen diese vorsichtigen Reformen im Bildungssystem und entfachte eine Gegenkampagne, die im Kern beinhaltete: „Was bei Euch dort unten passiert interessiert uns nicht – wir verteidigen unsere privilegierte Stellung mit allen Ellbogen, die zur Verfügung stehen“. Das Allparteienbündnis verlor diese Auseinandersetzung deutlich. Und: Diejenigen für deren Kinder ein verbesserter Zugang zu Bildung entscheidend ist, gingen in großen Teilen gar nicht zur Abstimmung.

und in der gesellschaftlichen Meinungsbildung aktiv sind (in Initiativen, Presse, Stadtteilen, Betrieben, Unternehmen etc. pp.)

DIE LINKE muss sich dieser Frage grundlegend stellen. Dass demokratische Instrumente von jenen oft nicht genutzt werden, die so dringend darauf angewiesen wären (dies drückt sich nicht zuletzt auch in unseren Wahlergebnissen aus). Wenn wir für eine Gesellschaft kämpfen, „in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können“⁵, müssen wir sie in erster Linie darin unterstützen, dies tatsächlich zu tun.

Deshalb dürfen wir nicht darauf verfallen, in avantgardistischer Manier Linien zu beschließen, an denen sich die arbeitende (und erwerbslose) Bevölkerung zu orientieren hat. Die „Handhabbarmachung“ direkter Demokratie für Menschen in prekären Lebenssituationen oder für Menschen in abgehängten Stadtteilen, ist eine ganz praktische Tagesaufgabe, die nur auf den Straßen, Plätzen und Stadtteilen angegangen werden kann.

Das bedeutet Aufklärung und Sichtbarmachung eines „Demokratie Service“ durch die Partei, ihre Abgeordneten und Apparate. Die Quellpartei PDS war als Kümmererpartei erfolgreich. Daran können wir uns heute in vielerlei Hinsicht orientieren. Wir sollten noch einen Schritt weiter gehen und denen jede mögliche Unterstützung geben, die sich kümmern wollen.

Erbe der Piraten nutzbar machen

Im Zuge des sogenannten Internetzeitalters entstand in Form der Piraten eine Parteiformation, die Fragen von Transparenz, Offenheit, Demokratie und Mitbestimmung auf die Agenda setzte. Insbesondere bei jungen Leuten sind diese Fragen von zentraler Bedeutung, und zwar politisch als auch im Alltag. Nicht zuletzt der aktuelle Aufstieg der Partei PODEMOS in Spanien zeigt, wie sehr die Krise der politischen Repräsentanz und die Frage von demokratischer Erneuerung mobilisierungsfähig sein können – und zwar im fortschrittlichen, nicht reaktionären Sinne.

⁵ Programm der Partei DIE LINKE, Präambel

Horst Kahrs hat zur Frage des brachliegenden Potentials der Piratenpartei sinnvolle Überlegungen angestellt. Warum sollte dieses Milieu interessant und wichtig für DIE LINKE sein?

„Weil die Piratenpartei für den potentiellen Bruch einer nachwachsenden Generation mit den traditionellen Politik- und Organisationsmodi der etablierten Parteien steht. Weil die (ehemalige) Anhängerschaft der Piratenpartei Züge eines Generationenprojektes trägt, welches längst nicht abgegolten ist.“⁶

Konkret heißt das, dass die Partei bereit und offen für dieses Erbe sein sollte. In Verbindung mit der sozialen Fragen und ganz praktischen Angeboten in diesem Politikfeld. Man sollte sogar noch weiter gehen und den fortschrittlichen Flügel der Piraten zur Mitarbeit in der Linken einladen. Dafür ist aber eine glaubwürdige und wesentlichere Erweiterung der Parteiklaviatur um Demokratie und Mitbestimmung erforderlich, die besonders projektbezogene Arbeitsweisen fördert und zulässt.

Zudem kann die Thematik Zugänge zu kleinen Unternehmen generieren, die im Bereich IT tätig sind und progressive Geschäftskonzepte verfolgen (Datenschutz/Verschlüsselung etc. pp.). Damit könnte die Linke nicht nur Formen der solidarischen Ökonomie fördern und ansprechen, sondern auch der „demokratiefördernden Ökonomie“ (in diesem Bereich) unterstützen und neue Wähler und Multiplikatoren gewinnen.

Freiheit und Solidarität

Der von Snowden aufgedeckte Überwachungsskandal ist Teil eines noch größeren Skandals: Der Totalprotokollierung menschlichen Verhaltens durch Geheimdienste und Unternehmen. Diese Generalüberwachung führt zur schleichenden Lähmung der Demokratie. Überwachung fördert das Duckmäusertum und führt zu angepasster Kommunikation. Daher sollte die Linke diese Frage zu einem Schwerpunkt machen, der viele – gerade jüngere – Menschen bewegt. Die Fragen von individuellen Grundrechten sind in Milieus, die über hohe Bildungsabschlüsse, tendenziell gute Einkommen verfügen und kommunikativ aktiv sind, wichtige Fragen, die politische Verortungen und Wahlverhalten bestimmen. Hier kann die Linke gewinnen. Denn dort wo Fragen von

⁶ Horst Kahrs: Die Piratenpartei – eine gescheiterte Partei und ihre WählerInnenpotential. Berlin 2014.

individueller Freiheit eine große Rolle spielen, sind auch Fragen von sozialer Gerechtigkeit verankert. Konkret: Es gibt in weiten Teilen des kritischen Bildungsbürgertums den Wunsch und den Standpunkt Armut zurückzudrängen, weil man, obgleich selber privilegiert, nicht in einer Gesellschaft leben möchte, in der die Armut grassiert und damit die Würde des „Nachbarn“ getreten wird.

Individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Das unterscheidet uns wesentlich von den Grünen.

Solidarität ist keine Bundesstraße

Aus diesem Milieu wachsen nicht nur Initiativen, wie aktuell vielerorts zur Hilfe für Flüchtlinge in der eigenen Stadt, Nachbarschaft wird auch immer globaler definiert: Auf Druck von Initiativen und Konsumenten haben sich einige erfolgreiche Unternehmen zur fairen Produktion von Konsumgütern verpflichtet, vor allem in der Bekleidungsbranche. Und nahezu jedes große Unternehmen hat ein mehr oder weniger glaubhaftes Konzept zur Unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung (Corporate Social Responsibility - CSR). Eine Entwicklung, die größtenteils ohne Zutun der LINKEN stattgefunden hat. Wir sollten diese uralte Tradition der Linken, den internationalen Kampf um soziale Arbeitsbedingungen, wieder aufnehmen.

Demokratische Sozialisten können niemals glücklich sein, wenn andere unglücklich sind, hat Oskar Lafontaine 2005 auf dem Dresdener Parteitag der Linkspartei.PDS gesagt. Heute marschieren in dieser Stadt regelmäßig tausende Menschen auf, deren rassistische Gesellschaftssicht manche Politiker als ernstzunehmende Ängste bezeichnen. DIE LINKE muss sich klar als die Partei des allgemeingültigen Menschenrechts positionieren, welche die Ängste von Flüchtlingen vor Tod, Hunger, Vergewaltigung oder Folter ernst nimmt. Der Winterabschiebestopp als eine der ersten Regierungshandlungen in Thüringen war in diesem Sinne das richtige Zeichen. DIE LINKE sollte die „Partei der Flüchtlingshelfer“ sein, die ganz klassisch ihre Infrastruktur (Kopierer, Büros, Anmeldungen, Koordination, rechtliche Beratung etc.) zur Verfügung stellt und die Selbstorganisation aktiv unterstützt.

Diese vier Erweiterungen in der Alltagspolitik der Linken könnten die Partei stärken, neue Mitglieder generieren und besonders zu einer Modernisierung der Linken

beitragen. Entscheidend ist in diesen Themenfeldern junge Menschen gewinnen zu können, die perspektivisch auch Träger linker Parteipolitik werden können und sollten. Erforderlich dafür ist der langfristige Aufbau dieser Thematik in der Außenwahrnehmung von Partei und Fraktion. Und es muss glaubwürdig sein, untersetzt durch Konzepte, Ideen, Personen und Angebote.

In Stichpunkten zusammengefasst bedeuten meine Überlegungen:

- Analyse und Akzeptanz von gesellschaftlicher Veränderung
- Offene und vorbehaltlose Analyse von Wahlergebnissen sowie der Position und Wirksamkeit der LINKEN in der Gesellschaft
- Entwicklung und Förderung demokratischer Teilhabe für jene, die gesellschaftlich ausgegrenzt werden („Neue Demokratie von unten“)
- Verbindung von individuellen Freiheitsrechten mit der sozialen Frage
- Über internationale Solidarität nicht nur singen
- Erreichen neuer Milieus, besonders derjenigen als Multiplikatoren in der Gesellschaft agieren und sozial aktiv sind
- Erreichen und Ansprechen von insbesondere jungen Leuten, denen Fragen von Datenschutz, Partizipation, Selbstbestimmung wichtig sind
- Demokratie zu einem Markenkern der LINKEN entwickeln und die Krise der politischen Repräsentanten fortschrittlich, demokratisch und weltoffen annehmen; den Wert der Demokratie als Tagesaufgabe entwickeln, verteidigen und unterschiedliche Interessengruppen ansprechen
- Wir sind die Partei der direkten Demokratie
- Kernprojekt dieser Mandatserweiterung könnte der Arbeitnehmerdatenschutz sein, da er klassische Themen der Linken (Arbeitnehmerinteressen) mit Fragen von Datenschutz und Bürgerrechten verbindet. Er ist ein hoch aktuelles und verständliches Thema, welches bislang sträflich liegengelassen wurde. Die Forderung nach einem wirklichen Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist anschlussfähig und für eine zeitlich begrenzte gemeinsame Kampagne mit Interessenvertretungen geeignet.

Es ist an der Zeit, unsere politische Ausrichtung als Partei ohne Vorbehalte oder Voreingenommenheit zu analysieren und die Erweiterung unseres Handlungsspektrums zügig zu diskutieren. Dabei brauchen wir das Rad auch nicht neu zu erfinden: In seiner Kieler Rede 2012 hat Gregor Gysi viele Punkte benannt

und analysiert. Was wir jedoch tun müssen, ist nach einer für unsere Verhältnisse hoffentlich kurzen und produktiven Debattenzeit mit dem Handeln zu beginnen.